

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

dem deutsch-englischen Abkommen wurde viel zu gering geschätzt, insbesondere der Grenzrand von Delagoa. Man sagte, man hätte einen neuen Antrag für einen Vorkriegsvertrag gegeben. Ich habe jedoch wiederholt erklärt, dass ich für ein solches Abkommen nicht bin.

Wir haben ein ostafrikanisches deutsches Reich begehrt. Die Ostafrikaner wollen die deutsche Kolonialpolitik in Afrika durchsetzen, und es ist inoffiziell eine vollständige Solidarität dieser Grenzgebiete von Ostafrika mit dem Deutschen Reich herbeigeführt. Damit ist der Boden, auf dem ursprünglich das Einvernehmen zwischen der früheren Regierung und dem Reich zu Stande gekommen ist, durch die Ostafrikanerpolitik des Reiches als einseitige Politik der deutschen Kolonialpolitik wiederholt zu werden, und dem Reich dieses Abkommens können wir nicht beitreten.

Es soll unterchieden werden zwischen der Kronkolonie, zwischen dem Schutzgebiete und der Kolonialverwaltung, einer völkerrätlichen Schöpfung nach neuer Art, die durch praktische Erfolge durchzuführen. Die Grenzen werden nicht einzuhalten sein, und schließlich wird ein Gebiet, das größer ist als das Deutsche Reich, mit dem Deutschen Reich solidarisch gemacht werden. Das heißt durch den Widerspruch mit dem, was allgemein angenommen wurde, als in Ostafrika ein Reich zu schaffen, was nicht zu tun ist. Die Erklärung des Reichstages, daß er für Ostafrika nur noch ein Probejahr verlange, kommt unter Aufsicht zu stehen, daß sie mit ihr fast identisch ist, und wenn Sie die größere Summe nicht bewilligt hätten, wer weiß, wie viele von uns für die kleinere Summe gerade mit Rücksicht auf jene Erklärung gekommen wären. Wir halten es nicht für im Interesse des Deutschen Reiches, ein solches ostafrikanisches deutsches Reich zu schaffen, weil wir die Konsequenzen nicht übersehen können. Wir hatten erwartet, der Mann würde sein, die ostafrikanische Kolonie nunmehr in die Verwaltung der Ostafrikaner Gesellschaft zu geben, ihr zu durchzuführen, was sich nicht zu bewilligen gemacht hat. Das war auch die Auffassung des Reichstages nach der ausdrücklichen Erklärung des Abg. Bismarck.

Streicher ließ es, 400-500 Mann würden dort vollkommen genügen. Sie würden eine große Macht sein. Als sie auf 600, ja auf 1100 Mann angewachsen, ließ es immer noch ein solches Heer. Man liegend, wie der Mann von 1700 Mann, die beschaffen werden soll. Die Einmündigen von den Kolonien werden die Ausgaben nicht, und wenn das Reich hier eine Zusicherung gibt, so heißt das doch nur, daß die Privatunternehmungen aber den Gewinn einer Sache haben sollen, daß aber die Kosten auf Kosten des Staates gehen. Die Ostafrikanische Gesellschaft ist mit dem Reich nicht zu tun, sie mit der Regierung nicht, sie ist nicht einzuhalten, weil ihr ein bißchen die Dankschreiben angelegt worden sind. Wir können die Klagen der Ostafrikanischen Gesellschaft hier nicht für berechtigt erkennen. Wenn die Regierung der Ostafrikanischen Gesellschaft mit einer einmündigen Summe zu Hilfe kam, um für die Wahrung ihrer Selbstständigkeit zu kämpfen, so hätten wir nichts dagegen. Die Regierung hat ja auch einen Vertrag abgeschlossen, indem sie der Gesellschaft die Kontrahierung einer Anleihe, ohne daß sie eine Garantie übernimmt, erleichtert. Aber sie hat doch die Sache so organisiert, daß in den Augen des Publikums keine eine Garantie herauskommt. Wenn einmal die Gesellschaft die Anleihe nicht bezahlen kann, wäre der Staat vorwärts verpflichtet, dafür aufzukommen. Die Regierung hätte ein solches Privilegium nicht gewähren dürfen, wenn wirklich die Anleihe die Ausgaben decken. Das ist nicht gegeben, und deswegen können wir gegenwärtig dieser Forderung nicht zustimmen.

Für die zukünftige Entwicklung dieser Kolonien haben wir nicht das Recht, welches auf diesen Seiten besteht. Nach menschlichem Ermessen werden auch immer noch Zweifel über die Zweckmäßigkeit dieser Unternehmungen laut. Man hat sich auf das Beispiel Frankreichs und Ägyptens berufen. Wie glücklich können wir sein, wenn Ostafrika zu nahe an uns läge, wie Alger an Frankreich, wenn wir es mit einem kleinen Heer besetzen könnten, so kann man das. Alger hatte, den 60 Jahren, die wir nicht vergessen, nach Abzug dessen, was es eingebracht hat, Frankreich vier Millionen Francs und erfordert außerdem jetzt noch einen jährlichen Aufwand von 87 Millionen. (Hört, hört! links.) Dabei ist Alger von 400,000 Europäern bewohnt, und nur die Hälfte dieser Bevölkerung sind Franzosen. Dieses Gegenbeispiel doch in Betracht gezogen zu werden, wenn wir die Zukunft ihrer so viel weniger günstig gelegenen Kolonie ins Auge fassen. Man hat den früheren Ministerpräsidenten F. Fischer einer gewissen Verlangung in seinem Urteil über Afrika angelegt. Da möchte ich mich auf das Zeugnis eines Mehlens berufen, des Dr. Hans Meyer, der am 10. weniger verächtlich ist, als er noch vor kurzer Zeit ein Zeichen der Herrlichkeit Gnade empfing, als er hat von Ostafrika, daß es größtenteils aus Steinigen und bergigen Wäldern bestehe, daß das Wasser und Wälder kurz ist, und dieser Wälder eine lange Periode der Dürre fosse. Alle Vorstellungen von tropischer Vegetation dort seien falsch. Das Land sei unfruchtbar, dünn bevölkert und könne nur dem geringsten Heer ein anständiges Leben gewähren, den Europäer dagegen nicht. Der größte Teil sei ein bloß unfruchtbares, aber auch ungesund. Es seien viele Versuche seit fünfzehn Jahrhunderten unternommen, in dem Lande sich anzusiedeln, aber niemals hätten sich diese Ansiedlungen halten können, es werde dort Kirchhöfen. In meinem höchsten und politischen Bedenken kommt also hinzu, daß nach dem Urteil bewährter Reisender Ostafrika eine Anleihe hat. (Hört links.)

Staatssekretär Dr. v. Marschall: Eine Ansicht, wie sie der Abg. Danneberg hier angenommen hat über die Eintheilung der Kolonien, hat bei der Regierung niemals bestanden. Ich kann mich dabei auf meine Ausführungen in der Budgetkommission beziehen. Die Frage, ob und wo die Interessensphäre des Reiches durch neue Kolonien zu erweitern, ist eine offene. Es können noch Erhebungen, weil gewisse internationale Verhandlungen bestehen und es vorzuziehen ist, nur allmählich nach Maßgabe der praktischen Situationen vorzugehen. Als Ziel schwebt der Kolonialverwaltung vor, l. 3. das gesamte Gebiet als einheitliches Ganze der Schutzpolitik des Staates zu unterstellen.

Darauf verlas der Herr die Fortsetzung der Beratung auf Donnerstag 1 Uhr. — Schluß gegen 5 Uhr.

Preussischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 4. Febr. 12 Uhr.

Der Antrag Reichensperger, betr. die Errichtung und Verleihung katholischer Pfarren im linksrheinischen Bezirk des Oberlandesgerichts Köln wird nach einer eintägigen fortgesetzten Erklärung des Kultusministers v. Goltz der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Es folgt die Beratung des Antrages Schmidt (Saale, Dr.) auf Einberufung einer Sachverständigenkommission zur Begründung der Organisation des gewerblichen Sachverständigenwesens.

Abg. Schmidt (Dr.) begründet seinen Antrag damit, daß die bisher hierfür eingeleitete Kommission inhaltlich noch gar nicht zusammengetreten sei, in dieser auch Vertreter der interessierten Kreise fehlen. Die Meinungsverschiedenheiten über Einzelheiten des Sachverständigenwesens bedürfen einer eniblichen Regelung. Geh. Rath Lüders stellt eine Denkschrift in Aussicht, welche die berührten Fragen eingehend behandeln werde.

Nach längerer Debatte, in welcher Minister Dr. v. Verloeh die Berücksichtigung der Wünsche des Antragstellers auch in der schon bestehenden Kommission zuließ, wird der Antrag gegen die Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen abgelehnt. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Mittagspause.) (Schluß 3 Uhr.)

Unstaud.

Italien. Die Ministerkrise ist bisher immer noch nicht gelöst, doch scheint es, nach neueren Meldungen wahrscheinlich, daß sie ihr Ende erreicht, falls die angebotene Kombination Rudini-Saracco wirklich zustande kommt. Saracco, der frühere Minister der öffentlichen Arbeiten, würde dann, wie man annimmt, den Vorsitz führen; für die übrigen Posten sind in diesem Falle folgende Kandidaten ins Auge gefaßt: Nicotera Innen-, Rudini Aussen-, Talamo oder Chimirri Justiz-, Lugazzi Schatz-, Sonnino Finanzen, Pelosone (mit 18 bis 20 Mill. Ersparungen) Krieg, Branca Ackerbau. Das wäre also eine Koalition der Rechten und Linken. Ob sie allerdings zustande kommt, ist vorläufig noch eine offene Frage. Am Mittwoch feierte der König mit dem Reichsministerpräsidenten Bertolo Viale und abends mit dem Marineminister Brin. Eine Meldung der „Times“ von gestern geht im Gegensatz zu den obigen Annahmen: Zanardelli wird zum Premier sein, die Bildung des Ministeriums zu übernehmen. Dasselbe wird aus Mitgliedern der Linken und des linken Centrum, hauptsächlich mit Villa, Nicotera und Foris gebildet werden. Die Rechte bleibt außerhalb jeder Kombination. Trotz des Wunsch des Königs, daß die Rechte im Kabinett vertreten sei, hat dies Rudini abgelehnt, weil die Rechte jetzt stark genug sei und keine Kompromisse mehr zu schließen nötig habe. Wie der Ministerium ausschließlich aus Mitgliedern der Rechten zu bilden, da er selbst Führer der gesammten Linken zu bleiben gedenke. Die letzte Zusammenkunft gestern abend zwischen Zanardelli, Rudini und Giolitti ist ohne Resultat geblieben.

Aus Rom schreibt man uns: Der politische Saraceni, welcher mit dem Sturze Crispi's ins Leben getreten ist, zeigt hier immer jenseitiger Zustände. Die Konfusion bei Hofe und in den fortdauernden politischen Kämpfen jedoch Bedauernde. Am schwersten scheint König Humbert dadurch getroffen zu sein. Alle seine Bemühungen, Herrn Crispi mit Rudini und Lugazzi anzuschließen, blieben fruchtlos. Letzterer vertritt in dieser Richtung die Interessen des Judentums, das Crispi durch sein Auftreten in den Balkan schwer gekränkt hat. Da Crispi selbst davon überzeugt ist, daß unter den obigen wackelnden Umständen von einer Fortführung der Geschäfte nicht gut die Rede sein kann, so bleiben alle Vermittelungsveruche ausbleiben. Herr Zanardelli hat nach wie vor die meisten Ansichten auf seine Crispi's, um so mehr, da er in der Kammer auf eine starke Heeresliste zählen darf. Ueber die Lösung der Krise dürfen wohl noch einige Tage vergehen. Wie übrigens verlautet, plant Crispi eine Erholungsreise ins Ausland. Vorläufig gedenkt er der Ruhe zu pflegen und abzuwarten, bis man seiner wieder bedarf. Doch er keineswegs am Ende seiner wechselvollen Laufbahn steht, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung. Mehr als je bleibt er der Mann der Situation, welcher allein imstande wäre, die allgemeinen Schwierigkeiten der inneren Lage erfolgreich zu bekämpfen. Sein Wädrtritt hat lebendig einen epichorischen Charakter.

Oesterreich-Ungarn. Ebenso überraschend wie längst die Auflösung des Reichsrates wirkt die amtliche Mitteilung von der Pensionierung des Finanzministers Dumaiewski. Derselbe war derjenige unter den Ministern, der die Gegnerschaft gegen die Deutschen am stärksten betonte. Er war es, der vor Jahren einmal im Parlamente erklärte, man könne in Oesterreich auch ohne die Deutschen regieren. Bei den letzten Maßnahmen der Regierung, welche die Auflösung des Reichsrates betrafen und das Väterchen an die Deutschen tendieren, soll Dumaiewski dem Grafen Taaffe opponiert haben. Seine Entlassung im gegenwärtigen Zeitpunkt, in welchem seine ungleichen Erfolge auf finanziellen Gebiete klärend zutage traten, kann nicht anders denn als Symptom gedeutet werden, daß es dem Grafen Taaffe erst darum zu thun ist, den Deutschen die Bahn frei zu machen, auf der sie die Verbindung mit der Regierung suchen und finden können. — Der neu ernannte Finanzminister Steinbach ist eine völlig völlig neutrale Persönlichkeit. Er dürfte wohl in die Kategorie Gausch-Bequechens zu rangieren sein, die, frei von allen nationalen Neigungen und Abneigungen, im Kabinett ausschließlich den österreichischen Rücksichten vertreten. Steinbach hat sich als ausgezeichneten Jurist im Justizministerium hervorgethan und rasch Carrière gemacht. Auch als sozial-politische Schriftsteller hat er sich durch seine „Stabs- und Volkswägen“ welche zumest den Schutz der wirtschaftlichen Schwachen zur Tendenz haben, einen Namen gemacht. Er steht erst am Anfange der fünfziger Jahre und hat bisher dem Parlamente nicht angehört. — Die „Neue freie Presse“ und das „N. W. Tagbl.“ erblicken in der Demission Dumaiewski's eine Bestätigung des persönlichen Hindernisses, welches den Deutschen den Weg zu einer aktiven Theilnahme an der Staatsleitung versperrte. — Das „Vertrab.“ hebt hervor, Dumaiewski habe seine Pensionierung bereits am 2. Jan. nachgeholt, während das Patent betr. der Auflösung des Reichsrates am 23. Jan. erfolgt sei. Dies beweise, daß Dumaiewski aus dem Kabinett ausgeschieden sei,

um der Möglichkeit der in dem bekannten Kommentar der „Wiener Ztg.“ angedeuteten Koalition nicht im Wege zu liegen. — Sämtliche Blätter begrüßen die Ernennung Steinbach's zum Finanzminister hauptsächlich als einen neuen Schritt zur Begabung hervor. Das „Tribunal“ meint, die Deutschen werden in Minister Steinbach ummäßig ein Hindernis erblicken. Kechnig äußert sich die „Deutsche Ztg.“ Die „N. Fr. Pr.“ erklärt, Steinbach könne sich durch die „Pr.“ und die „Deutsche Ztg.“ als ein Hindernis erweisen. Kechnig äußert sich die „Deutsche Ztg.“ Die „N. Fr. Pr.“ erklärt, Steinbach könne sich durch die „Pr.“ und die „Deutsche Ztg.“ als ein Hindernis erweisen. Kechnig äußert sich die „Deutsche Ztg.“ Die „N. Fr. Pr.“ erklärt, Steinbach könne sich durch die „Pr.“ und die „Deutsche Ztg.“ als ein Hindernis erweisen.

Der Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich-Gie hat gestern nachmittags 2 1/2 Uhr seine Reise nach Petersburg angetreten. Der österreichische Botschafter in St. Petersburg, ein, wo zur Weiterreise ein russischer Soldat ernannt wird.

Der Kaiser hat dem Statthalter von Böhmen, Grafen Tlum, sowie dem Oberstenmarschall Fürsten Lodowik das Großkreuz des Leopold-Ordens verliehen. Da mit den freikörpern wiener Schuhmachergesellen eine Vereinbarung bisher nicht zu erzielen war, hat sich das Comité der Arbeiter angesetzt.

Frankreich. Im obersten Kolonialrathe führte gestern Constant den Vorsitz. Seine Verhandlung mit Ferry, welcher der Sitzung beehrte, war sehr eifrig. Zur Verhandlung gelangte ein Entwurf betr. die Organisation der Verwaltung Cochinchina's.

Zum Präsidenten der Kommission zur Prüfung des Gesetzes Entwurfs betr. die Erneuerung der Privilegien der Bank von Frankreich wurde Baron Say, zum Vicepräsidenten Comte Ferry gewählt.

Belgien. Die Gährung unter der brüsseler Garnison ist im Wachen begriffen und ergreift alle Truppen. Von den Mannschaften des Grenadierregiments, welche am Dienstag nachmittag wegen der am Sonntag begangenen Ausschreitungen ins Verhör genommen wurden, sind gegen 40 in Arrest gesetzt. Im Arreststalle begannen dieselben alsbald zu lärmen und zu toben, darauf verjuchten sie, die Thüre des Arreststalles zu zertrümmern, schließlich stürzten sie die Matratzen und Bettdecken in Brand. Durch herbeigerufenen Unteroffiziere und Mannschaften wurde das Feuer gelöscht, die Meuterei wurde aberdem in Sicherheit gebracht. Vom Oberst des Grenadierregiments ist gestern die militärisch-gerichtliche Untersuchung eröffnet worden; fünf Meuterei wurden unter Generalverurtheilung im Jellenswagen nach dem Gefängnis gebracht. Am Vormittag fand ferner eine Kundgebung von Reservisten gegen die Konstitution statt, an welcher gegen Zweitausend Theilnahmen. Die Manifestanten trugen am Hute eine Karte mit der Aufschrift: „Nieder mit der Kaiserkrone“ und durchzogen, die Marschstraße singend, die Stadt.

Die Revisionsvorlage wurde gestern in den Kammer-Sektionen geprüft und von drei Sektionen verworfen, während die drei übrigen die Abbitmung auf 8 Tage vertagten. Der Revisionsrat erklärte, er werde die Revision nicht unterstützen, es nicht eine Verabredung über die Erhebung des Art. 47 erfolge. Es ist ein Konflikt zwischen Verhaert und Weyse entstanden, so daß eine Ministerkrise befürchtet wird.

Nach einer Meldung aus Goffettes drangen etwa 50 Arbeiter der Aubry'schen Fabrik, welche entlassen worden waren, in das Fabrikgebäude ein und überfielen die dort beschäftigten Arbeiter, wobei mehrere Arbeiter zum Tode schwer verwundet wurden.

England. Im Unterhause beantragte gestern Gladstone die zweite Lesung der Bill, welche die Ernennung eines Katholiken zum Lord-Kanzler von Großbritannien, sowie zum Botschafter von Irland gestattet. Der erste Lord des Schatzes Smith beantragte die Verwerfung der Bill, die nur bezwecke, für die Centralität des Homeule Vorkehrungen zu treffen. Die Bill sei in Opposition und werde weder von den Katholiken noch von der öffentlichen Meinung verlangt. Das Unterhaus verwarf schließlich die zweite Lesung der Bill mit 256 gegen 223 Stimmen.

Portugal. Die von offiziiöser Seite über die Lage des Landes verbreiteten Meldungen werden als falsch bezeichnet. Die portugiesische Bureau meldet, sind die Aufregung und die Agitation unter der Bevölkerung hochgradig; die republikanische Propaganda, welche im ganzen Lande sich rasch fortsetzt. Die Stellung des Kabinetts ist keineswegs klar. Man befürchtet deshalb einen neuen Ausbruch der Unruhen.

Ein Erlaß der Regierung unterdrückt sämtliche republikanische Zeitungen in Porto. Die Republikaner beklagen fortan nur ein einziges in Lisbon erscheinendes Organ, den „Seculo“. Das Kriegsgericht trat, nach der W. J., gestern in Lisbon zur Aburtheilung der aufständischen Soldaten zusammen. Dieselben werden sämtlich straflos nach Afrika geschickt. Unter den verhafteten Civilpersonen befinden sich Prof. Albuquerque, der Statthalter von Porto und mehrere Studenten. Am Dienstagabend fanden republikanische Unruhen in Mirambella statt, die aber rasch unterdrückt wurden.

Italien. Das Kaiserpaar ist sehr besorgt um die Gesundheit des heimkehrenden Großfürsten Georg, den starke Nervenleiden sehr geschwächt haben.

In Marinekreisen kursiren mehrere Gerüchte über die Havarie, welche die Fregatte des Großfürsten Thronfolgers „Panjat Nowa“ im Arabischen Meere erlitten hat.

Serbien. Wie in hiesigen Regierungskreisen verlautet, sind Aroucaen-Banden in einer Stärke von 2000 Mann in Drenica eingedrungen, verjagten die türkischen Ortsbehörden und zerstörten sämtliche Staatsgebäude, die sie in Brand steckten. Täglich kommen mehrere Haub- und Mordanschläge vor. Die Kirche in Wosane, Bezirk Bilant, wurde geplündert, der Pfarver von Mitrowicza überfallen und erst gegen ein großes Lösegeld freigelassen. Der Präfekt von Drenica sowie viele Beamte sichtigten nach Pristina.

Rumänien. Der Minister des Auswärtigen Lahovary erklärte am Dienstag im Senat auf eine Anfrage, die Tarifkommission trachte danach, die Ausfuhr der Bodenprodukte zu begünstigen und die Industrie zu schaden. Der autonome Tarif werde mit dem 10. Juli d. J. in Kraft treten; darüber jedoch, was geschehen werde, nach dem 10. Juli d. J. noch Verträge abgeschlossen würden, könne er keine Auskunft





Bader.

Waggonberg Bäder. I. Welche für größere Bade. A. Mit Strahlbädern. 1. 3. Bad. 1. 27,25-27,50 ...

II. Kernpreise für Holzger. I. Produkt: abgibt. a. auf der Waggonberg. b. auf dem Bach. c. auf dem ...

Die Kellern der Kaufmannschaft. Mittags 1 1/2 Uhr. frei auf Speicher für auf dem Waggonberg. ...

Bader-Blaudruckstoffe. Hamburg, 4. Bad. (Normalblaudruck) ...

Verliner Börse.

Table with 2 columns: Name of stock/exchange and Price. Includes Deutsche Reichsbank, Berliner Handels-Gesellschaft, etc.

Bank-Notizen.

Table with 2 columns: Bank Name and Note Value. Includes Reichsbank, Berliner Handels-Gesellschaft, etc.

1. Bad. 4. Bad. 1. 27,25-27,50 ...

1. 27,25-27,50 ...

1. 27,25-27,50 ...

1. 27,25-27,50 ...

Table with 2 columns: Name of stock/exchange and Price. Includes Deutsche Reichsbank, Berliner Handels-Gesellschaft, etc.

Bank-Notizen.

Table with 2 columns: Bank Name and Note Value. Includes Reichsbank, Berliner Handels-Gesellschaft, etc.

1. 27,25-27,50 ...

1. 27,25-27,50 ...

1. 27,25-27,50 ...

1. 27,25-27,50 ...

Table with 2 columns: Name of stock/exchange and Price. Includes Deutsche Reichsbank, Berliner Handels-Gesellschaft, etc.

Bank-Notizen.

Table with 2 columns: Bank Name and Note Value. Includes Reichsbank, Berliner Handels-Gesellschaft, etc.

1. 27,25-27,50 ...

1. 27,25-27,50 ...

1. 27,25-27,50 ...

1. 27,25-27,50 ...

Table with 2 columns: Name of stock/exchange and Price. Includes Deutsche Reichsbank, Berliner Handels-Gesellschaft, etc.

Bank-Notizen.

Table with 2 columns: Bank Name and Note Value. Includes Reichsbank, Berliner Handels-Gesellschaft, etc.

1. 27,25-27,50 ...

1. 27,25-27,50 ...

1. 27,25-27,50 ...

1. 27,25-27,50 ...

Table with 2 columns: Name of stock/exchange and Price. Includes Deutsche Reichsbank, Berliner Handels-Gesellschaft, etc.

Bank-Notizen.

Table with 2 columns: Bank Name and Note Value. Includes Reichsbank, Berliner Handels-Gesellschaft, etc.

Julius Becker, Bankgeschäft. Halle a. S., An- u. Verkauf von Wertpapieren, Ausführung von Speculationen...

Salle. Druck und Verlag von Otto Hendel.